



PRESSEMITTEILUNG

Mehr Rechtssicherheit und Vertrauen in der Wohnungswirtschaft

Baugewerbe sieht in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ein wichtiges Signal für mehr Wohnungsbau in der Hauptstadt

Berlin, 15.04.2021. „Der Mietendeckel hat die Berliner Bau- und Wohnungswirtschaft nachhaltig verunsichert. Das hat dazu geführt, dass die Aufträge für Wohnungsneubau und vor allem für die Wohnungsanierung in den vergangenen Monaten über Corona hinaus stark zurückgegangen sind. Wir sind erleichtert, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichts diese Unsicherheit nun beendet hat,“ sagt Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau.

„Rund die Hälfte unserer Mitgliedsunternehmen verzeichneten im vergangenen Jahr aufgrund des Mietendeckels einen Auftragsrückgang von ca. 20 Prozent in der Wohnungsanierung. Rund 15 Prozent der Firmen mussten darüber hinaus Auftragsrückgänge in gleicher Höhe im Wohnungsneubau durch zurückgestellte Investitionen hinnehmen,“ sagt Manja Schreiner. „Das deckt sich mit den Daten des Statistischen Landesamtes, die für 2020 einen Auftragsrückgang von rund 21 Prozent errechnet haben.“

Mit Blick auf Wohnungsknappheit in der Hauptstadt sagt Manja Schreiner: „Private und öffentliche Wohnungswirtschaft, Baubranche und Senat müssen nun gemeinsam daran arbeiten, möglichst zügig mehr bezahlbaren Wohnraum in der Stadt zu schaffen. Wir stehen bereit, unseren Teil zu leisten. Vorschläge zur Baukostensenkung und Baubeschleunigung liegen seit mehr als einem Jahr auf dem Tisch des Senats.“

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Betriebe und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de.

Pressesprecher:
Thomas Herrschelmann
Tel.: 030 / 86 00 04-57 | Mobil: 0151 / 422 670 76
E-Mail: herrschelmann@fg-bau.de